

10
75

Union in Deutschland

Bonn, den 6. März 1975

Auch in Berlin eine Koalition der Verlierer

Nach dem eindrucksvollen Wahlerfolg der Berliner CDU ist die Union — bis auf die Stadtstaaten Hamburg und Bremen — in allen Bundesländern die stärkste politische Kraft. Aber wie in Nordrhein-Westfalen schon seit 1970 und in Niedersachsen und Hessen seit 1974 wollen jetzt auch in Berlin die Verlierer regieren.

Dr. Helmut Kohl stellt hierzu fest: Es ist natürlich auf die Dauer kein Zustand, daß die Parteien, die verloren haben, vor allem der Hauptverlierer, in diesem Fall die SPD, die stärkste Partei von der Regierungsverantwortung ausschliessen. Dies ist eine sehr prinzipielle Frage, die sich sicherlich in der Grundsatzdiskussion über die Weiterentwicklung der deutschen Demokratie wieder stellt. „Die Welt“ kennzeichnet die Situation so: „Das Bündnis von SPD und FDP ist nicht mehr Ausdruck von Stärke, sondern eine Art letzter Nothelfer vor dem Verlust der Macht.“

Das großartige Wahlergebnis der Berliner CDU ist vor allem auch ein Vertrauensbeweis für Peter Lorenz. Es bestätigt den Trend der Wahlen des vergangenen Jahres. Der Prozeß des Abschmelzens der SPD-Mehrheit seit 1972 setzt sich fort.

Jetzt muß gehandelt werden

Der Parteivorsitzende der CDU, Dr. Helmut Kohl, erklärte zur Freilassung von Peter Lorenz:

„Ich bin erleichtert und glücklich, daß Peter Lorenz in den Kreis seiner Familie und seiner Freunde unverehrt zurückgekehrt ist. Jetzt ist die Stunde, in der nicht nur über Solidarität der Demokraten geredet, sondern mit äußerster Entschlossenheit und allen dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln Gewalt und Terror entgegengetreten werden muß. Dazu gehört vor allem die Veränderung jenes politischen Klimas, in dem Gewalt und Terror gedeihen und die freiheitliche Demokratie bedrohen können.“

INFORMATIONEN

Verschuldung ein Widerspruch zum Grundgesetz

Das Defizit des Bundes allein für 1976 beträgt, so erklärte der finanzpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Franz Josef Strauß, 30 Milliarden DM. Das heißt, der Bund müßte mehr Schulden aufnehmen, als nach der Verfassung erlaubt ist. Damit ist auch die finanzpolitische Grenze erreicht. Allein die Zinsen für die Kreditmehraufnahme des Jahres 1975 durch die öffentliche Hand betragen schon genau so viel, als wenn die Mehrwertsteuer um ein ganzes Prozent erhöht werden würde.

Die Regierungsvertreter haben zwar Steuererhöhungen für 1975 bestritten, erklärte Strauß, aber für 1976 schweigen sich die maßgebenden Leute aus. Es ist unerlässlich, daß 1976 Steuern erhöht und gesetzlich beschlossene Leistungen vermindert werden. Vielleicht sogar beides zusammen.

Die Regierung ist gesetzlich verpflichtet, Änderungen der Haushaltslage dem Parlament mitzuteilen. Sie hat sich bisher geweigert, das zu tun. Sie vertröstet uns auf den neuen Finanzplan vom Herbst dieses Jahres. Das soll eine Regierung nicht tun, die mehr Demokratie, mehr Mündigkeit der Bürger und weniger Geheimniskrämerei versprochen hat. Wir werden darauf bestehen, daß die Regierung jetzt endlich die Karten auf den Tisch legt.

Renten-Erhöhung: Eine notwendige Erinnerung

Die Fraktion der CDU/CSU begrüßt die Anhebung der Renten aus der gesetz-

lichen Rentenversicherung ab 1. Juli 1975 um 11,1 %. Der 1. Juli ist ein Datum, das die Rentner der CDU/CSU zu verdanken haben: 1972 stimmten die SPD und die FDP — im September/Oktober — in namentlicher Abstimmung gegen die Vorziehung vom 1. Januar eines jeden Jahres auf den 1. Juli 1972. Die Erhöhung der Renten ist nicht eine Leistung dieser Regierung, sondern hier wird jährlich durch das Parlament vollzogen, was die CDU/CSU 1957 beschlossen hat. Dies erklärte in der abschließenden Beratung des 18. Renten-anpassungsgesetzes der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Franke (Osnabrück).

Für den Haushaltsausschuß eine Zumutung

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat auf Antrag des Haushaltsexperten der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Althammer, die Behandlung des Berichts der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung von der Tagesordnung abgesetzt. Der Ausschuß hat gerügt, daß bei der Behandlung dieses wichtigen Punktes der sozialen Sicherheit kein politisch verantwortlicher Vertreter des Bundesarbeitsministeriums im Ausschuß, daß für die Sitzung in der nächsten Woche die neuesten Zahlen zur gesetzlichen Rentenversicherung vorgelegt werden.

Dr. Althammer stellt dazu fest, daß es eine Zumutung sei, wenn dem Parlament Daten vom Mai 1974 als Grundlage vorgelegt werden. So gehe der Bericht der Bundesregierung für 1975 von einer Arbeitslosenquote von 1,5 % aus. Auch die anderen Berechnungsunterlagen für die gesetzliche Rentenversicherung seien längst überholt. Es gehe nicht an, stellte Dr. Althammer

fest, daß das Parlament in der Frage der Rentenversicherungen ähnlich von einer katastrophalen Entwicklung überrollt werde, wie bei der Finanzierung der Arbeitslosengelder.

Der „große Aufschwung“ läßt auf sich warten

Die Wirtschaft ist in der Beurteilung der konjunkturellen Lage skeptisch: Ihrer Auffassung nach wird der nächste „große Aufschwung“ bis Ende des Jahres, möglicherweise sogar bis zum Herbst 1976 auf sich warten lassen. In einer Umfrage äußerten sich die wichtigsten Schlüsselbranchen zum weiteren Wirtschaftsverlauf des Jahres 1975 zurückhaltend. Sie rechnen mit einer „bescheidenen“ Belebung für 1975. Einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages bei 13 000 Unternehmen zufolge ziehen die Firmen in der Hauptsache lediglich ohnehin geplante Investitionen vor, da Bonn die Zulage nur bis zum 1. Juli zahlt. Es wird befürchtet, daß es im Herbst dadurch zu einem neuen „Investitionsloch“ kommen könnte.

Prof. Dr. Beske bleibt weiter Vorsitzender

Die aktive Arbeit des Bundesausschusses für Gesundheitspolitik der CDU drücke in wachsendem Maße der gesundheitspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik ihren Stempel auf. Diese Bilanz zog der Vorsitzende, Staatssekretär Prof. Dr. med. Fritz Beske, in Bonn. Prof. Beske erhielt für weitere zwei Jahre das einmütige Vertrauen des Ausschusses. Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt Frau Blohm, Prinz Botho zu Sayn-Wittgenstein, Prof. Stockhausen, Dr. Stoll.

STICHWORTE

Mit 53 Prozent

aller Stimmen erreichte der RCDS bei den Wahlen zu den Fachbereichsräten zur Versammlung und zum Senat der Münchener Universität die absolute Mehrheit.

Hilfe für Strafgefangene

bietet die Landesregierung in Baden-Württemberg an. In „Tips für die Zeit danach“ gibt das Justizministerium praktische Ratschläge zur Vorbereitung auf die Entlassung.

Für 417 000 Wohnungen

wurden 1974 in der Bundesrepublik Baugenehmigungen erteilt. Das bedeutet eine Abnahme gegenüber 1973 um 37 Prozent.

Die Hälfte

aller Jugendlichen zwischen 14 und 22 Jahren ist nach einer Umfrage der Ansicht, daß man sich Sorgen um seinen Beruf machen muß. Weitere 45 Prozent glauben, daß es schwieriger geworden sei, das eigene Berufsziel zu erreichen.

Den Rekordschuldenstand

von fast 90 Mrd. DM wird die Bundesrepublik nach Auskunft des Bundesfinanzministeriums Ende 1975 erreicht haben. Das bedeutet insgesamt eine Staatsverschuldung von 2 670,— DM pro Kopf der Bevölkerung.

Für „besonders problematisch“

hält der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, die Prognose der Bundesregierung über die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik.

100 Millionen DM

fließen nach Angaben der Bundesregierung der DKP und den ihr nahestehenden Organisationen jährlich aus der DDR zu.

TERROR

Das Laster der letzten Monate war die Verharmlosung

In der Diskussion der drei Parteivorsitzenden am Sonntagabend im ZDF über das Berliner Wahlergebnis entgleiste erneut der SPD-Vorsitzende Brandt, indem er scheinheilig die „Heuchelei“ beklagte, die angeblich im Zusammenhang mit der Entführung von Peter Lorenz „durch Wort und Schrift verbreitet“ worden sei. Dr. Helmut Kohl antwortete sofort wie folgt:

Ich muß nun sagen, Herr Kollege Brandt, ich verstehe Sie überhaupt nicht, daß Sie in dieser Stunde das Wort Heuchelei in den Mund nehmen und im Zusammenhang mit Peter Lorenz womöglich noch von allgemeinen Emotionen reden.

Dies ist ein einmaliger Skandal, daß wir mitten in einer Landtagswahl erleben, daß Menschenraub in diesem Lande möglich ist. Und wir haben hier nicht dramatisiert, sondern, wenn Sie dazu so genau mich befragen, andere haben die Dinge verharmlost.

Ich habe von mir aus jetzt in dieser Stunde davon abgesehen, dies zu einem Thema zu machen, weil ich nicht glaube, daß dies eine glückliche Stunde für so etwas ist. Aber wenn Sie unbedingt meinen, daß hier dramatisiert wurde, dann muß ich Ihnen sagen, das Laster der letzten Monate war nicht eine Dramatisierung des Zustands der öffentlichen Sicherheit, sondern das Laster der letzten Monate war eine Verharmlosung.

Und ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, wer zum Thema Verharmlosung seinen Beitrag geleistet hat.“

Wortlaut der Schmidt-Äußerung in Berlin

Bei den Erörterungen um die Entführung von Peter Lorenz spielt zunehmend eine Äußerung von Bundeskanzler Schmidt am 5. Februar 1975 in der Berliner Deutschlandhalle zum Thema innere Sicherheit eine Rolle. Hier der Wortlaut (Tonbandaufzeichnung):

„...habe ich hier erfahren, daß der Peter Lorenz — das ist nämlich der freundliche Herr hier mit der Hornbrille, der das (ein Flugblatt der Berliner CDU zur inneren Sicherheit) verantwortet, diesen Unfug — sich offenbar nachts in seiner Wohnung ängstigt. Da hört er unbekannte Geräusche, vielleicht ist es Herr Lummer. Aber, liebe Freunde, dies ist nicht nur zum Lachen, sondern in Wirklichkeit soll hier wie immer auch auf dem Feld der inneren Sicherheit wieder einmal mit Angstmacherei der Bürger daran gehindert werden, sich in Ruhe ein Urteil vom Verstand her zu bilden. In Sachen öffentliche Sicherheit in Berlin ist das Ganze nun außerdem auch noch ziemlich lächerlich.“

Das schrieb Brandt

Willy Brandt schrieb in einem Beitrag für die von der Gewerkschaft Polizei herausgegebenen Jugendzeitschrift „Contact“, Februar/März 1975, folgendes: *„Hier wird Angstpropaganda betrieben, die das kriminelle Verhalten einer kleinen Gruppe zur ernstesten Bedrohung für den Staat hochstilisiert. Ich meine: Solche kalkulierte Hysterie kann für unser Land folgenschwerer sein als die zeitweiligen Umtriebe einiger politischer Nihilisten.“*

■ INNERE SICHERHEIT

Zehn Grundsätze der Union zum Schutz des Rechtsstaats

Für die Debatte des Bundestages über die innere Sicherheit hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag eingebracht, der in zehn Punkten die Grundsätze der Union für die Wiederherstellung für Recht und Ordnung in der Bundesrepublik darlegt. Für die auf den 13. März angesetzte Debatte hat die CDU/CSU außerdem vorgelegt:

1. Zwei Gesetzentwürfe zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens und der Rechtspflege, die dazu beitragen sollen, Terroristen und Verfassungsfeinden das Handwerk zu legen;
2. Einen Bericht über die Entwicklung des Radikalismus in der Bundesrepublik Deutschland 1974. (Vgl. Dokumentation UId 7/75.)

Nachfolgend die wichtigsten Passagen des Entschließungsantrags der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Der Bundestag möge beschließen:

Bürger und Staat gegen Verbrechen und verfassungsfeindliche Bestrebungen zu schützen, betrachtet der Deutsche Bundestag als eine seiner vornehmsten Aufgaben. Er ist sich der Tatsache bewußt, daß diese Aufgabe nicht allein der Justiz und den Sicherheitsbehörden obliegt, sondern alle angeht.

① Der demokratische und soziale Rechtsstaat gewährleistet die Ordnung menschlichen Zusammenlebens auf Grund des Rechts und durch das Recht.

Das bewirkt Frieden, nicht einen Frieden der Gewalt, sondern einen Frieden des Rechts, den Frieden freier Menschen also. In diesem Sinne bekennt sich der Deutsche Bundestag ausdrücklich zu Recht und Ordnung als unentbehrliche Grundlagen friedlichen Zusammenlebens. Er fordert die zuständigen Behörden auf, ein Höchstmaß an Liberalität gegenüber denjenigen, die unsere freiheitliche Ordnung anerkennen, zu verbinden mit der entschlossenen Abwehr derjenigen, die sie zerstören wollen.

② Der Rechtsstaat muß das Recht durchsetzen gegenüber jedermann nach gleichen Grundsätzen. Das Monopol der legitimen Gewaltanwendung kann er mit niemandem teilen. Unsere Verfassung ermöglicht es, neue politische Ziele mit neuen Mehrheiten zu verwirklichen und die Regierenden mit dem Stimmzettel abzulösen. In dieser freiheitlichen Ordnung gibt es keine Rechtfertigung für Gewalt.

③ Die Verfassung ist die Grundlage der staatlichen Rechtsordnung. An sie ist auch die Gesetzgebung gebunden. Sie verbindlich auszulegen, ist allein Sache des Bundesverfassungsgerichts. Dieses unter politischen Druck setzen zu wollen, kann unter keinem Gesichtspunkt gebilligt werden.

④ Justiz und Polizei dienen der Rechts- und Friedensgemeinschaft des deutschen Volkes. Der Deutsche Bundestag fordert alle zuständigen Stellen des

Staates und alle Bürger auf, Justiz und Polizei allzeit den Rückhalt zu gewährleisten, den diese zur Erfüllung ihrer schweren Aufgaben benötigen.

5 Die Bundesregierung wird ersucht, – den Deutschen Bundestag regelmäßig, frühzeitig, umfassend und ungeschminkt über alle wichtigen Angelegenheiten der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere über die Entwicklung von Kriminalität, von Gewalttätigkeit und Terrorismus sowie von verfassungsfeindlichen Bestrebungen und die dagegen ergriffenen oder vorgesehenen Maßnahmen zu unterrichten; – dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages vierteljährlich einen in der Regel mündlichen Bericht über die Tätigkeit der wichtigsten Einrichtungen des Bundes zum Schutz der inneren Sicherheit, die der Nachrichtendienst und des BKA und ihre Zusammenarbeit mit den Ländern zu erstatten.

6 Bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst darf nicht zwischen Anhängern von Regierungs- und Oppositionsparteien, es muß aber zwischen Anhängern und Gegnern unseres freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates unterschieden werden. Wer diesen Staat und die Grundprinzipien seiner Verfassung bekämpft, ist ungeeignet, in seinen Dienst zu treten.

7 Die freie Advokatur ist eine Errungenschaft des Rechtsstaates, die zu verteidigen ist. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit den Vertretern der Anwaltschaft das anwaltliche Ständerecht zu überprüfen, ob es geeignet und ausreichend ist, den gegen die Existenz des Rechtsstaates gerichteten Mißbrauch der Anwaltsrechte durch einzelne zu verhindern.

8 Die Freiheit von Presse, Rundfunk und Fernsehen gehört zu den Grund-

pfeilern unserer freiheitlichen Demokratie. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, im Bereich der Presse die notwendige Vielfalt zu erhalten und die Regierungsunabhängigkeit der Medien unter allen Umständen zu sichern.

9 Unterricht und Lehre an den Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen müssen den Normen und Zielsetzungen der Verfassung entsprechen. Der politische Unterricht hat über die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit in unserem Lande und in Ländern anderer Gesellschaftsordnungen objektiv zu informieren und die Erziehung an den Grundwerten unserer Verfassung auszurichten. Dies setzt ein klares Bekenntnis der Erzieher zu unserer Verfassung voraus, deren Grundwerte und Normen sie zu vermitteln haben. Darüber hinaus ist die Information über Ziele und Methoden der Gegner unserer freiheitlichen Ordnung notwendig.

Der Deutsche Bundestag fordert alle Verantwortlichen auf, unsere Schulen in den Dienst der Schüler und unsere Hochschulen wieder ausschließlich in den Dienst der Wissenschaft zu stellen.

10 Unser Verfassungssystem braucht zu seinem Funktionieren demokratische Parteien, die im politischen Kampf miteinander konkurrieren, die im Gegenüber von Regierung und Opposition politische Macht kontrollieren und begrenzen, die zugleich aber unbeschadet ihrer unterschiedlichen Ziele die Verfassung des Grundgesetzes als ihre gemeinsame Grundlage anerkennen und verteidigen und bei der Aufgabe zusammenwirken, alle politischen Kräfte abzuwehren, die die Grundprinzipien dieser Verfassung ablehnen. Die im Bundestag vertretenen Parteien bekennen sich ausdrücklich zur Gemeinsamkeit dieser Grundlage und Aufgabe.

■ SPIONAGEAFFÄRE GUILLAUME

Unverantwortliches Handeln hat die Staatssicherheit gefährdet

Der Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Guillaume-Affäre hat mit der Vorlage der Berichte und der Schlußdebatte am Donnerstag (27. Februar 1975) seine Arbeit beendet. Dank der unermüdlchen Zähigkeit der CDU/CSU-Mitglieder im Untersuchungsausschuß, vor allem aber dank der souveränen Verhandlungsführung des Ausschußvorsitzenden Walter Wallmann (CDU) hat der 2. Untersuchungsausschuß des 7. Deutschen Bundestages Ergebnisse zutage gefördert, die insgesamt den Wert der Untersuchungsausschüsse wieder in einem etwas besseren Licht erscheinen lassen.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme und der Schlußdebatte ist indessen bedrückend, ist doch deutlich geworden, daß Parteibuchdenken und mangelnder Respekt vor staatlichen Institutionen entscheidend dafür waren, daß der Spion Guillaume in die Schaltzentrale der deutschen Regierung vordringen und dort noch nach seiner Enttarnung elf Monate unbehelligt verbleiben durfte. Die Frage, wer zu verantworten hat, daß Guillaume nicht nur ins Kanzleramt eingestellt, sondern auch nach seiner Enttarnung elf Monate in der unmittelbaren Nähe des Kanzlers weiterbeschäftigt wurde, hat der Unionsbericht eindeutig beantwortet.

Der Bericht der Union und der Verlauf

der Debatte erbrachten dabei folgende Feststellungen:

● Guillaume wurde für den höheren Dienst im Bundeskanzleramt eingestellt, ohne die dafür erforderliche Qualifikation zu besitzen. Nicht einmal das Abschlußzeugnis der Volksschule befand sich bei seinen Bewertungsunterlagen. Als Befähigungsnachweise konnte er nur Zeugnisse über seine Funktionärsfähigkeit für die Frankfurter SPD und die Arbeitsbescheinigung eines Baubüros vorlegen. Guillaume besaß keine abgeschlossene Berufsausbildung. Trotzdem wurde Guillaumes Einstellung weiterbetrieben. Die Verantwortung dafür trägt der ehemalige Chef des Kanzleramtes, Horst Ehmke. Er hatte sich von dem jetzigen SPD-Abgeordneten Dr. Ehrenberg Guillaume vorstellen lassen und sofort entschieden, daß Guillaume zum 1. 1. 1970 eingestellt werden solle.

● Auch als Sicherheitsbedenken auftauchten, scheute Ehmke keine Mühe, die Einstellung eines SPD-Funktionärs ohne Rücksicht auf das Staatswohl weiterzubetreiben.

Persönlich hörte er Guillaume zu dem in zwei verschiedenen Meldungen enthaltenen Vorwurf der Agententätigkeit für Ost-Berlin. Er gab damit Guillaume die Möglichkeit, seine einstudierte Agentenlegende mündlich und schriftlich vorzutragen, die dann die Grundlage der Sicherheitsermittlungen wurde.

Gleichwohl gab er in einem Brief an Leber, den er um eine Art Garantieerklärung für Guillaume bat, zu erkennen, daß ihn dessen Erklärungen nicht befriedigt hatten.

Schließlich will er sich auf das „Attest“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz verlassen haben, obwohl dieses für die Sicherheitsermittlungen nur zwei Wochen Zeit hatte und zudem zu erkennen gab, daß noch nicht alle Ermittlungen abgeschlossen waren und weitere Überprüfungsmaßnahmen empfehlenswert seien.

Da Ehmke jedoch glaubte, nun genug getan zu haben, um für alle Eventualitäten ein Alibi vorweisen zu können, bezog er den Sicherheitsbeauftragten des Kanzleramtes, Ministerialdirigent Schlichter, keine Sicherheitsbedenken gegen die Einstellung Guillaumes geltend zu machen.

Das Sicherheitsinteresse unseres Staates wurde somit dem Parteiinteresse der SPD geopfert. Ehmke trägt damit die Hauptschuld daran, daß der Spion in das Kanzleramt eindringen konnte.

Wegner war wichtiger

● In gleicher Weise schuldig ist der Verfassungsschutzpräsident Dr. Nollau. Seinem Ratschlag ist es zu verdanken, daß der Spion noch elf Monate unbehindert in der unmittelbaren Nähe des Kanzlers weiterarbeiten konnte. Er informierte den Bundesminister derart vage über den seit dem 11. Mai 1973 gegen Guillaume vorliegenden schweren Verdacht, daß dieser nicht überzeugt war, Guillaume sei wirklich ein Spion.

Von einer Unterrichtung des Kanzlers wollte Nollau sogar zuerst gar nichts wissen. Erst als Genscher auf der Un-

terrichtung des Kanzlers bestand, weiß er von Nollau erfuhr, es handele sich um einen persönlichen Mitarbeiter des Kanzlers, stimmte dieser zu.

Die Unterrichtung Wegners hielt Nollau dagegen offenbar für geboten. Die Rolle dieser beiden bleibt nach wie vor im Zwielficht.

Nollau hat mehrfach Aussagen gemacht, an deren Wahrheitsgehalt Zweifel angebracht sind. So will er vor der Unterrichtung Genschers über die Funktion Guillaumes nichts gewußt haben.

Andererseits gab er an sein Amt die Mitteilung weiter, Brandt habe zugesagt zu prüfen, wie der Zugang Guillaumes zu Geheimsachen unauffällig reduziert werden könne, obwohl eine solche Zusage niemals gegeben wurde. Es liegt nicht fern, wenn man dahinter Herbert Wegner als Regisseur vermutet.

Brandts Fall — eine Intrige von Dr. Nollau und Wegner? Auszuschließen ist es nicht. Den Schaden hat in jedem Fall unser Land, in dessen Regierungsspitze der Spion elf Monate unbehelligt blieb.

Schlüssig beantworten lassen sich alle Fragen nur, wenn man davon ausgeht, daß Dr. Nollau den Fraktionschef Herbert Wegner vor Bundesinnenminister Genscher unterrichtet hat und mit diesem das weitere Verfahren der Unterrichtung oder besser gesagt Nichtunterrichtung des Bundeskanzlers abgesprochen hat. So würde sich dann auch erklären, warum der schwer angeschlagene Dr. Nollau weiterhin im Amt gehalten wird. Nämlich durch die Protektion Herbert Wegners. Herbert Wegner ist damit zu einer der zentralen Figuren des Spionageskandals geworden.

Letzte Aufklärung über das Geschehen ist angesichts der gravierenden Widersprüche im Untersuchungsausschuß nicht zu erwarten gewesen.

■ KOALITION

Ohrfeige für die hessische Landesregierung

Als eine „Ohrfeige für die hessische Landesregierung“ hat der Fraktionsvorsitzende der CDU im Hessischen Landtag, Milde, das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Berlin im Falle der kommunistischen Lehrerin Anne Lenhart bezeichnet. Das Gericht hatte die Entscheidung der rheinland-pfälzischen Landesregierung für rechtmäßig erklärt, die DKP-Funktionärin nach dem Erlaß der Ministerpräsidenten zur Abwehr Radikaler aus dem öffentlichen Dienst nicht in den Schuldienst zu übernehmen.

Milde meinte, damit habe das höchste deutsche Gericht dem Beamtengesetz, das von den Mitgliedern des öffentlichen Dienstes jederzeit „ein aktives Eintreten für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“ verlange, eindeutig Vorrang vor dem Parteiprivileg gegeben.

Wenn der hessische Kultusminister nun „nicht wider das Recht handeln“ wolle, müsse er die an der Schule im hessischen Mainz-Kostheim unterrichtende kommunistische Pädagogin umgehend entlassen.

NRW: Wahlkampf der SPD/FDP auf Kosten der Steuerzahler

Im NRW-Landeshaushalt 1975 ließ sich Ministerpräsident Kühn die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit um 1,5 Mill. DM erhöhen (von 730 000 auf 2,23 Mill. DM). Der größte Teil dieser um mehr als 200 Prozent erhöhten Mittel wird für die Propagierung von Leistungen der Regierung und damit indirekt für die Unterstützung der Wahlpropaganda der Re-

gierungsparteien SPD und FDP Verwendung finden. Die Forderung der CDU-Opposition für den Abschluß eines Wahlabkommens, daß Regierungspropaganda aus Steuermitteln 90 Tage vor dem Wahlkampf unterbleiben sollte, wurde von den Regierungsparteien abgelehnt. Der von der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung herausgegebenen Werbeschrift „Unsere Zukunft an Rhein und Ruhr“ lag in Duisburg ein Wählerbrief der SPD bei. Die Gesellschaft wird aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Apel bestätigt „Leidensweg der Reform“

In einem Interview mit der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (25. 2. 1975) hat Bundesfinanzminister Apel jetzt bestätigt, daß die SPD mit der Steuerreform ursprünglich überhaupt keine Entlastung der Steuerzahler beabsichtigt hatte. Erst durch die Initiativen der CDU/CSU wurden die Sozialdemokraten gezwungen, ihre Pläne zu ändern. Hier der Wortlaut der Äußerung Apels:

„Wenn man sich den Leidensweg dieser Reform ansieht, dann fängt das damit an, daß die Sozialdemokraten eine aufkommensneutrale Steuerreform machen wollten, d. h., alles das, was irgendeiner an Vorteilen bekam, sollte von jemand anderem wieder kassiert werden. Sie können sich vorstellen, was in diesem Lande passiert wäre, wenn dieses Wirklichkeit geworden wäre. Wir haben dann einen mühsamen Kompromiß innerhalb der Koalition gebastelt.“

Übergriffe der DDR: Regierung bleibt untätig

Seit 14 Tagen sind der Bundesregierung Fälle bekannt, daß auf Visaanträge für den sogenannten „kleinen Grenzver-

kehr“ die Staatsangehörigkeitsbezeichnung „deutsch“ durch „BRD“ ersetzt wird; diese Fälle ereigneten sich an verschiedenen Grenzübergängen.

Die Bundesregierung schwieg bisher zu diesen Vorfällen, obwohl Fragen der Staatsangehörigkeit durch den Grundvertrag nicht geregelt sind. Selbst Minister Bahr erklärte laut Protokoll des Bundestages vom 15. Februar 1973 ausdrücklich, daß der von ihm ausgehandelte Grundvertrag „Fragen der Staatsbürgerschaft“ nicht berührt, es also bei unserem Recht bleibt.

Die jetzt an der Zonengrenze bekanntgewordenen Handlungen der DDR stellen ein eigenmächtiges, schwerwiegendes Vorgehen dar; um so mehr verwundert die Untätigkeit der Bundesregierung.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert deshalb die Bundesregierung auf:

- den DDR-Vertreter Kohl unverzüglich um Auskunft über die bekanntgewordenen Fälle zu ersuchen,
- durch den Staatssekretär Gaus in Ost-Berlin gegen derartige Übergriffe mit Entschiedenheit zu protestieren,
- durch den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen unverzüglich dem zuständigen Ausschuß des Bundestages Rechenschaft über die bisherige Untätigkeit der Bundesregierung abzulegen.

Austritt und Übertritt

Von der FDP zur CDU übergetreten ist der ehemalige FDP-Kreisvorsitzende in Münster, Willi Kaltenpoth. Er hatte schon vor geraumer Zeit alle Mandate und Parteiämter innerhalb der FDP niedergelegt, weil sich diese Partei immer

mehr nach links bewegt habe. Seinen Eintritt in die CDU begründete er mit der Notwendigkeit, die Partei zu stärken, die die Gewähr dafür bietet, daß weitere „sozialistische Experimente“ verhindert würden.

Aus Unzufriedenheit mit seiner eigenen Partei hat der SPD-Arbeitskreisvorsitzende Willi Esser aus Rheine seinen Austritt erklärt.

In der Koalition geht nichts mehr

Die Spannungen in der Links-Koalition nehmen immer mehr zu. Auch die „Mitbestimmung ist ernsthaft gefährdet“, wie der Kölner Express feststellte. Der Grund dafür: Die FDP blockt die Reform mit Rücksicht auf die liberalen Wähler ab, die SPD fühlt sich dadurch erpreßt. Ein SPD-Politiker gegenüber der Kölner Zeitung: „Die wollen unsere bedingungslose Kapitulation.“ Hintergrund für diese neuen Querelen sind die Forderungen des FDP-Chefs Genscher nach einer größeren Berücksichtigung der leitenden Angestellten und die endgültige Entscheidungsbefugnis für die Seite der Anteilseigner. „Entweder diese Mitbestimmung oder keine“ zitierte Express den FDP-Chef.

Wehners Wünsche

Nach einer Meldung der „Segeberger Zeitung“ hat der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, auf einer SPD-Veranstaltung in Norderstedt erklärt, Franz Josef Strauß sei nach seinen Gesprächen mit der chinesischen Führung in den Himmel gelobt worden. Wörtlich fügte Wehner hinzu: „Wäre er doch nur schon dort, sage ich.“ Das ist Wahlkampf nach Art der SPD.

■ SOZIALAUSSCHÜSSE

Kandidaten der Union in den Betrieben aktiv unterstützen

Für die CDU sind die Gewerkschaften als bedeutender Verband zur Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen ein wichtiger Faktor im Kräftesystem unserer Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie verlangt von den Gewerkschaften jedoch eine ihren Aufgaben entsprechende Selbstbeschränkung. Dies erklärte Helmut Kohl vor der Betriebs- und Personalräte-Konferenz der Sozialausschüsse in Recklinghausen. Er forderte die Partei außerdem auf, die Kandidaten der Union für die Betriebsratswahlen aktiv zu unterstützen.

Um das Gleichgewicht der sozialen Kräfte in der Balance zu halten, dürfen die Gewerkschaften ebenso wie alle anderen Interessenverbände nicht zu Übermächten werden, die dem Staat, der Regierung und anderen Gruppen ihre Forderungen einseitig diktieren. Deshalb dürfen sich die Gewerkschaften — auch um ihrer eigenen Unabhängigkeit willen — nicht mit der Regierung und schon gar nicht mit einer einzigen Partei verfilzen.

Eine einseitige parteipolitische Orientierung liegt nicht im Interesse der Gewerkschaften. Diese sind um ihrer eigenen Aufgaben willen auf ein faires, vorurteilsfreies Verhältnis zu allen Parteien, auch der CDU/CSU angewiesen — in der gleichen Weise, wie eine freie

Gesellschaft starke, parteiunabhängige Gewerkschaften braucht.

Wer ja sagt zur Einheitsgewerkschaft — und ich tue dies mit Nachdruck — muß entschieden nein sagen zu allen Bestrebungen, die Gewerkschaften an eine einzige Partei zu binden. Hier geht es nicht um die Interessen der CDU, sondern um den Einfluß und die Glaubwürdigkeit der Einheitsgewerkschaft. Allerdings muß ich hinzufügen: Je stärker sich die Mitglieder der CDU in den Gewerkschaften engagieren, desto leichter ist es für besonnene Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaften auf parteiunabhängigen Kurs zu halten. Deshalb sind auch viele Gewerkschaftsfunktionäre, die selbst der SPD nahe stehen — und im Gespräch geben sie das auch offen zu —, an einem stärkeren Engagement christlich-demokratischer Arbeitnehmer in den Gewerkschaften interessiert.

Aber wir beobachten mit Besorgnis und Verbitterung, wie derzeit die SPD wieder stärker versucht, einen Keil zwischen die Gewerkschaften und die CDU zu treiben. Führende Sozialdemokraten reisen von einem Gewerkschaftskongreß zum anderen, um eine angeblich nahtlose Einheit der SPD und der Gewerkschaften zu beschwören. Es gibt zahlreiche Sozialdemokraten, die am liebsten die Gewerkschaften mit der SPD parteipolitisch gleichschalten möchten. Das wäre der Tod der Einheitsgewerkschaft.

Aber es gibt auch Hoffnungszeichen: Viele Gewerkschafter begreifen, daß es einen natürlichen Rollenkonflikt zwischen den Gewerkschaften und der jeweiligen Regierung geben muß. Deshalb appelliere ich ohne eigenes parteipolitisches Interesse an die Gewerkschaften, die wirtschaftliche und soziale Interessenvertretung der Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf parteipolitische Bindungen sehr ernst zu nehmen. Die Gewerkschaften haben oft bewiesen, daß sie das unter Berücksichtigung des Gemeinwohls aller Bürger können — wenn sie es nur wollen.

Die Union braucht zur Verwirklichung ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik für die Arbeitnehmer die politische Unterstützung und tatkräftige Mitwirkung der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft und insbesondere ihrer Betriebs- und Personalräte. Deshalb müssen wir die Zahl derer erhöhen, die die CDU in den Betrieben repräsentieren, die sich als christlich-demokratische Arbeitnehmer für ihre Kollegen am Arbeitsplatz einsetzen, die dort für deren Rechte und Interessen kämpfen. Deshalb ergeht unser Appell an alle Mitglieder der Union, unsere Kandidaten in den Betrieben aktiv zu unterstützen und die Zahl der christlich-demokratischen Betriebsräte deutlich zu erhöhen.

Die CDU will keine Polarisierung und keine parteiliche Politisierung der Betriebe. Die Zeit, die für Parteipolitik verlorengelht, kann man besser dafür einsetzen, Verbesserungen für den einzelnen Arbeitnehmer im Betrieb durchzusetzen. Ihre wirtschaftliche und soziale Situation können Arbeitnehmer nicht gegeneinander verbessern, sondern nur miteinander. Deshalb begrüße ich es, wenn christlich-demokratische Arbeitnehmervertreter zusammen mit

■ BUNDESPARTEI

Antrag für eine neue Beitragsregelung

Der Bundesvorstand hat am 24. 2. 1975 beschlossen, dem Bundesparteitag folgende neue Beitragsregelung zur Beschlußfassung vorzulegen:

1. Jedes Mitglied der Partei hat regelmäßig einen Beitrag zu entrichten.
2. Die Höhe des monatlichen Beitrages ergibt sich im einzelnen durch Selbsteinschätzung des Mitgliedes nach seinem Einkommen.
3. Für die Selbsteinschätzung gilt folgende vom Bundesparteitag beschlossene Tabelle:

Nettoeinkommen	Beitrag
bis 1 500,— DM	5,— bis 8,— DM
1 500,— bis 3 000,— DM	8,— bis 30,— DM
3 000,— bis 6 000,— DM	30,— bis 100,— DM

Mitglieder mit höheren Monatseinkommen als 6 000,— DM zahlen entsprechend höhere Beiträge.

4. Für Hausfrauen, Schüler, Studenten, Bundeswehrsoldaten, die ihren Wehrdienst ableisten, Auszubildende, Arbeitslose und Rentner beträgt der Beitrag 3,— DM pro Monat.
5. Der Kreisverband kann in besonderen Fällen Mitgliedsbeiträge erlassen, ermäßigen oder stunden (§ 4 Abs. 2 der Finanz- und Beitragsordnung).
6. Diese Beitragsregelung tritt am 1. 1. 1976 in Kraft.

Anmerkung: Die derzeitige Aufteilung der Mitgliedsbeiträge zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei wird von dieser Beitragsregelung nicht berührt.

anderen auf gemeinsamen Listen bei den Betriebsratswahlen kandidieren. Wir erneuern unser Angebot zur Zusammenarbeit immer wieder. Und wir halten an ihm solange wie möglich fest. — Darauf können die Gewerkschaften bauen!

■ JUSO-KONGRESS

Ganz Linke gegen Linke

„Dies vor allem ist das Bestürzende an dem Wiesbadener Kongreß der Jusos: Stärke und Einfluß der ganz Linken unter den linken Jungsozialisten haben nicht nur eine interessierte Öffentlichkeit, sondern offensichtlich auch den Juso-Vorstand selbst überrascht.“

So kennzeichnet die „Kölnische Rundschau“ die Vorgänge am Wochenende. Die Stärkeverhältnisse beider Gruppen spiegelt die Wiederwahl der Juso-Vorsitzenden nur bedingt wider. (168 für, 108 gegen Heidemarie Wiczorek-Zeul, bei 21 Enthaltungen.) Denn dieses Ergebnis kam erst unter der Rücktrittsdrohung des gesamten Vorstandes zustande, nachdem eine Mehrheit von 156 Delegierten einem Entschließungsantrag der ganz Linken zugestimmt hatte, während die Vorstandsvorlage nur 131 Stimmen erhielt.

Im angenommenen Papier, in dem der Staat als „Produkt der kapitalistischen Gesellschaft“ der Unfähigkeit für Reformen im Sinne der „Lohnabhängigen“ bezichtigt wird, werden zugleich scharfe Angriffe gegen die bestehende Gesellschaftsordnung erhoben.

Das ist also die wirkliche Stimmung und politische Zielsetzung einer Juso-Mehrheit. Die harten Richtungskämpfe innerhalb der SPD-Jugendorganisation und damit auch innerhalb der Partei selbst werden somit weitergehen. Bemerkenswerte Äußerungen macht hierzu die SPD-eigene „Neue Ruhr-Zeitung“:

„Falls ihre Vision Wirklichkeit wird, haben wir es in fünf bis zehn Jahren mit einer anderen SPD als heute zu tun. Es werden nicht mehr die Sozialdemokraten aus dem Geist des gemäßigten Godesberger Programms sein. Gewiß, die meisten der Juso-Forderungen sind durch das weitherzig formulierte und darum sehr auslegungsfähige Grundsatzprogramm von 1959 noch abgedeckt. Dennoch muß bezweifelt werden, ob mit dem Begriff ‚demokratischer Sozialismus‘ hier wie da die gleichen Vorstellungen verbunden werden. Für die Jungsozialisten geht nichts ohne die Vergesellschaftung, die Sozialisierung der ‚strukturbestimmenden Bereiche der Wirtschaft‘.

Der Juso-Vorstand konnte schließlich eine verhältnismäßig milde, aber auch weniger verbindliche Resolution durchsetzen; er glaubt, damit bessere Möglichkeiten zu sehen, in der SPD zu arbeiten.

Als für die SPD-Führung wenig erfreulich muß festgestellt werden, daß es neben den zwei Fraktionen bzw. Gruppen, nämlich eine, die konsequent hinter Brandts Linie steht, nicht gibt.“

In Brandts Auftreten in Wiesbaden stellt der „Kölner Stadtanzeiger“ fest: „Dies war ein kleines Zwischenspiel, dem die Delegierten pflichtschuldigst beiwohnten, bei dem sie leise zischten, respektvoll klatschten, um dann gleich, wie von Lästigkeiten befreit, zur Tagesordnung überzugehen. Vor ihren Problemen schrumpfen die Probleme der Partei zu Nichtigkeiten zusammen.“

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Offensive für die Frau

Partnerschaft in Familie und Gesellschaft

Allein die Partner entscheiden, wie sie sich ihre Aufgaben einander zuordnen Verwitwete Hausfrauen haben eine eigene und nicht nur eine Hinterbliebenen-Rente verdient Es gibt keine Gemeinschaft, die geeigneter wäre Kinder großzuziehen, als die Familie Die Erziehung der Kinder durch ihre Eltern ist eine Leistung, die der gesamten Gesellschaft dient Das Erwerbsleben der Frau darf nicht in Widerspruch zur Familie geraten

Benachteiligungen der Frau im Beruf müssen abgebaut werden Verantwortete Freiheit kann nur erhalten bleiben, wenn mehr Frauen im öffentlichen Leben mitwirken. Das ist CDU-Politik.



Politik
mit Herz
und Verstand

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat eine Aktion unter dem Motto „Offensive für die Frau“ vorbereitet. In dieser UID-Ausgabe stellen wir Ihnen die hierfür entwickelten Werbe- und Informationsmaterialien vor und geben Ihnen einige Anregungen für Ihre Aktion. Zentrales Werbemittel ist ein 6seitig bedruckter Faltprospekt, von dem die Titelseite oben abgebildet ist. Sie finden darin die wichtigsten Aussagen der CDU zur Frauen- und Familienpolitik.

Mindestabnahme: 1 000 Exemplare
Preis: 39,— DM je 1 000 Stück
Best.-Nr.: 2328

Wandzeitung

Die 4farbige Wandzeitung im Format DIN A 2 trägt den Titel „Offensive für die Frau“. Gestaltung und Text entsprechen in den Grundzügen dem Faltprospekt.

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 6,— DM je 25 Exemplare
Best.-Nr.: 7331

Broschüren-Serie:

Argumente-Dokumente-Materialien

In dieser Serie erscheint eine 8seitige Broschüre unter dem Titel „Offensive für die Frau“. Darin wird für den, der sich ausführlicher über die Politik der CDU informieren will, eine umfassende Darstellung des Themenbereiches Frau und Familie geboten. Zugleich sind die Ergebnisse der 9. Bundesdelegierten-tagung der CDU-Frauenvereinigung in Dortmund in dieser Broschüre eingearbeitet.

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 0,11 DM pro Exemplar
Best.-Nr.: 5333

Argumentationskarte

Die 2seitige Argumentationskarte mit dem Titel „Erziehungsgeld/Partnerrente“ erläutert den Vorschlag der CDU zur Einführung der „Partnerrente“ und den Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Erziehungsgeld“. Diese Themen sind im Faltprospekt bereits kurz angesprochen. Die Argumentationskarte ist eine Ergänzung und zusätzliche Hilfe, insbesondere bei Canvassing-Aktionen.

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,— DM je 100 Exemplare
Best.-Nr.: 6332

Aktionsvorschläge

Haus-Canvassing

Das für die Aktion entwickelte Faltblatt eignet sich vorzüglich zur Hausverteilung. Nutzen Sie die Gelegenheit zur persönlichen Übergabe des Prospektes an Ihre Mitbürger. Dabei wird sich die Möglichkeit zu einem Gespräch ergeben. Versuchen Sie zu erfahren, was die Bevölkerung in Ihrem Kreis- oder Ortsverband von der CDU erwartet. Fragen Sie doch einmal, welche konkreten Verbesserungen sich Frauen in ihrem täglichen Erlebnisbereich wünschen.

In Ihrer unmittelbaren Umgebung werden Sie auf Probleme stoßen, zu deren Lösung Sie oft schon mit geringem Aufwand beitragen können.

Straßendiskussionen

Wenn Sie eine Straßendiskussion planen, so wählen Sie hierzu ein zentrales Thema, das Frauen interessiert. Wählen Sie als „Aufhänger“ ein örtliches Problem, von dem Sie wissen, daß davon ein möglichst großer Kreis der Bevölkerung betroffen ist.

Mittelpunkt Ihrer Straßendiskussion ist der „Canvassing-Stand“, an dem Sie die Informationsmaterialien verteilen. Zeigen Sie dabei, daß sich die CDU in besonderer Weise um die Belange der Frauen kümmert.

Diskussionsnachmittag

Die Informationen in den für diese Aktion entwickelten Materialien bieten eine gute Grundlage für Diskussionen. Veranstalten Sie Ihre Diskussion am Nachmittag eines Wochenendes. Laden Sie Familien dazu ein. Für die Dauer der Veranstaltung sollten Sie in

Nebenräumen des Versammlungslokals einen „Kindergarten“ einrichten. Vielleicht finden sich einige männliche CDU-Mitglieder, die die Kinder betreuen.

Vergessen Sie nicht, bei der Versammlung auch die örtlichen Probleme zu diskutieren. Sprechen Sie über Schul- und Kindergartenfragen, über Maßnahmen zur Verbesserung von Einkaufsmöglichkeiten oder über Fragen der Erwachsenenbildung und Freizeitgestaltung.

Zielgruppenarbeit

Oft hilft schon ein einziges Gespräch mit den richtigen Leuten, um Verbesserungen zu schaffen.

Sprechen Sie z. B.:

- mit Betriebsräten und Arbeitgebern über Verbesserungen für Frauen am Arbeitsplatz
- mit Elternbeiräten über innerschulische Probleme oder Fragen der Schulwegsicherung
- mit dem Gewerbeverein und Vertretern der Verbraucherorganisationen über Verbesserung von Einkaufsmöglichkeiten.

Es gibt eine Vielzahl von Themen. Sie müssen nur das Gespräch suchen.

Pressearbeit

Sorgen Sie dafür, daß die Presse rechtzeitig von Ihren Aktionen erfährt. Sie erleichtern den Lokalredakteuren die Arbeit, wenn Sie über Ihre Aktivitäten kurze Pressenotizen fertigen.

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1, Postfach 6666, Telex 933 753 iserv d.

Alle Preise verstehen sich inklusive Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

ZITATE

Die Quittung für die „Arroganz der Macht“

„In Berlin hat die SPD in den letzten vier Jahren 7% verloren, in acht Jahren 14%, in 12 Jahren fast 20%. Die Stichworte für die Gründe lauten Ämterpatronage, Arroganz der Macht, parteiinterne Grabenkriege. Hinzu kommt — gerade in Berliner Arbeiterbezirken — ein starkes Unbehagen gegenüber dem Übermaß an Toleranz, das die SPD den kommunistischen Universitätsgruppen in Dahlem und am Tiergarten entgegenbringt.“

Neue Ruhr-Zeitung

„Die SPD würde sich in die eigene Tasche lügen, reduziert sie das Resultat auf einen Lorenz-Effekt.“

Der Abend, Berlin

„Wer sagt, viele Berliner hätten sich von aufgebracht Gefühlen leiten lassen, übersieht, daß die Führer vom rechten ‚Bund Freies Deutschland‘ heute ihr Haupt verhüllen müssen. Die äußerste Linke erlitt ebenfalls ein Fiasko. Alles, was in diesen Tagen in Berlin geschah und geschieht, fordert Neubesinnung. Die Wähler hätten es kaum deutlicher machen können. Gesetz und Ordnung — es wird kaum länger ein Schimpfwort bleiben dürfen.“

Ruhr-Nachrichten

„Die SPD hat es nicht geschafft, den deutlichen Abwärtstrend zu brechen, in dem sie sich schon 1974 bei allen Landtagswahlen

Anschrift:

befand. Sie hat ihre absolute Mehrheit verloren. Auch die FDP ist weiter auf dem absteigenden Ast. Sie hat keine abgesprungenen früheren SPD-Wähler auffangen können. Diese sind direkt zur CDU gegangen. Daß die SPD die stärksten Verluste in ihren bisherigen Hochburgen hinnehmen mußte, charakterisiert die Stimmung vielleicht am deutlichsten als Ausdruck der Unzufriedenheit, die sicher nicht allein ihre Ursachen in der allgemeinen Wirtschaftslage hat.“

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

„Diese Wahl hat ein bundesweites Signal gesetzt: Neben der Wirtschaftspolitik wird die innere Sicherheit zum zentralen Wahlkampfthema werden.“

Stuttgarter Nachrichten

„Auf Bundesebene bezogen, hat sich, wie in den vier Landtagswahlen des Vorjahres, der Aufwärtstrend der CDU fortgesetzt, der Abwärtstrend der SPD angehalten.“

General-Anzeiger Bonn

„Der Sieg der CDU ist kein Zufallstreffer. Wiederum kann es, wie nach Vorbildern in Hannover und Wiesbaden, eine Koalition der Verlierer gegen die stärkste Partei, die CDU, geben. Eine mittlerweile bedenkliche staatspolitische Entwicklung!“

Rheinische Post

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID